

Beiträge zum Internationalen und Europäischen
Öffentlichen Recht

2

Daniel Nees

Hybrides Unionsrecht

Die völkervertragliche Ergänzung der Europäischen Integration
am Beispiel der Maßnahmen zur Eurorettung



Nomos

Beiträge zum Internationalen und
Europäischen Öffentlichen Recht

herausgegeben von

Prof. Dr. Stefanie Schmahl

Band 2

Daniel Nees

Hybrides Unionsrecht

Die völkervertragliche Ergänzung der Europäischen Integration
am Beispiel der Maßnahmen zur Eurorettung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6073-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0202-7 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht von Frau Professor Dr. Stefanie Schmahl an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Die Arbeit wurde im Sommersemester 2018 von der Juristischen Fakultät als Dissertation angenommen. Änderungen der Rechtslage sowie Neuerscheinungen der verwendeten Literatur wurden bis Ende August 2019 berücksichtigt.

Mein ganz besonderer Dank gebührt meiner Doktormutter, Frau Professor Dr. Stefanie Schmahl, für ihre hervorragende Unterstützung, ihr Engagement bei der Betreuung dieser Arbeit und die Aufnahme in ihre Schriftenreihe. Ihre konstruktiven Anmerkungen und Hinweise sowie ihre jederzeitige Diskussionsbereitschaft haben entscheidend zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Darüber hinaus möchte ich mich bei ihr für die herausragende und lehrreiche Zeit bedanken, die ich an ihrem Lehrstuhl verbringen durfte und an die ich mich stets sehr gerne erinnere.

Ebenfalls möchte ich mich besonders bei Herrn Professor Dr. Markus Ludwigs für die freundliche Übernahme und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens bedanken. Außerdem gilt ihm mein besonderer Dank, weil er maßgeblich bei der Themenfindung mitgewirkt hat und jederzeit mit Rat zur Seite stand.

Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meiner einzigartigen Familie. Ganz besonders möchte ich mich zunächst bei meiner Partnerin Stefanie bedanken. Ich bin froh, dass ich den Lebensweg mit ihr bereits seit vielen Jahren gemeinsam beschreiten darf. Ihre Unterstützung, ihr stets ermutigender Zuspruch und ihre liebevolle Geduld haben nicht nur einen maßgeblichen Anteil an dieser Arbeit. Meinen Eltern, Franz und Judith, danke ich von Herzen, dass sie mir diese Ausbildung ermöglicht und mich immer und vorbehaltlos unterstützt und gefördert haben. Auch meinen Geschwistern – Andrea und Stefan – und Senad möchte ich auf diesem Weg ganz herzlich dafür danken, dass sie alle in jeder Lebenslage für mich da waren und sind.

Ohne den stetigen Rückhalt, den Zuspruch, den Zusammenhalt und die bedingungslose Liebe meiner Familie wäre auch diese Arbeit nicht möglich gewesen. Habt vielen Dank für Alles!

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
§ 1: Die Fortentwicklung des Europäischen Integrationsprozesses neben dem Unionsrecht	23
§ 2: Ursachen und Rahmenbedingungen der europäischen Schuldenkrise	29
A. Amerikanische Immobilienblase und deren Auswirkungen auf die Finanzmärkte	33
I. Amerikanischer Finanzmarkt als Nährboden der Krise	33
1. Liquiditätsüberschuss und niedrige Zinsen auf dem amerikanischen Finanzmarkt	34
2. Eigenarten des amerikanischen Immobilienmarktes und neue Anagemöglichkeiten	36
a) Eigenarten des amerikanischen Immobilienmarktes	36
b) Anagemöglichkeiten	37
aa) Verbriefte, hypothekarisch gesicherte Darlehensforderungen und Kreditausfallversicherungen	38
bb) Streuung von Ausfallrisiken	40
3. Die Rolle der Ratingagenturen	41
4. Regulatorische Defizite und bankeninterne Fehleinschätzung	42
5. Zwischenergebnis	44
II. Ausbruch der Krise	45
III. Internationale Auswirkungen	49
B. Allgemein angespannte wirtschaftliche Lage in der Welt und der EU	51
C. Überschuldung einzelner Eurostaaten	54
D. Rahmenbedingungen der Euro-Krise: Die Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion	61
I. Rechtliche Ausgangslage der WWU	61
1. Allgemeines	61
2. Währungsunion	64

Inhaltsverzeichnis

3. Wirtschaftsunion	65
a) Koordinierungszuständigkeit	66
b) Stabilitätsorientierte Ausrichtung	69
II. Folgen der Konzeption der WWU für die Euro-Krise	71
1. Kompetenztrennung	71
2. Wirtschaftliche Ungleichgewichte	74
3. Einheitliche Zinspolitik	78
4. Wenig Vertrauen in das Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung und Art. 125 AEUV	79
5. Versagen der bestehenden Sanktions- und Korrekturmechanismen	83
E. Ergebnis	87
§ 3: Maßnahmen gegen die Krise	95
A. Überblick	97
I. Finanzmärkte	97
II. Wirtschaftspolitik und WWU	102
1. Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Form des <i>six-pack</i>	104
a) Korrekturmechanismus für makroökonomische Ungleichgewichte	105
b) Präventive Komponente des SWP	107
c) Reaktive Komponente des SWP	108
2. Inhalte des „ <i>two-pack</i> “	109
3. Euro-Plus-Pakt	112
III. Programme der EZB	113
IV. Finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten	119
1. Griechenlandhilfen	120
2. Vorläufiger Krisenmechanismus	122
B. Fiskalvertrag, ESM, Art. 136 Abs. 3 AEUV	125
I. Ansiedlung im Völkervertragsrecht	126
II. Fiskalvertrag	129
III. ESM	131
IV. Art. 136 III AEUV	135
V. Verbundenheit mit dem Unionsrecht	136
C. Ergebnis	143

§ 4: Hybride Rechtsakte und Europäische Integration – Zwischen intergouvernementaler Zusammenarbeit, Gemeinschaftsmethode und neuer Unionsmethode	149
A. Die „neue“ Unionsmethode	150
B. Hybride völkerrechtliche Verträge	155
C. Gründe für eine völkerrechtliche Flankierung der Europäischen Integration	157
I. Kompetenzielle Starrheit des Unionsrechts	158
II. Vetobrecher	162
III. Handlungshoheit der mitgliedstaatlichen Regierungen	163
IV. Finanzielle Ausstattung der EU	165
D. Ergebnis	166
§ 5: Zulässigkeit völkerrechtlicher Verträge der Mitgliedstaaten der EU neben dem Unionsrecht	168
A. Völkervertragliche Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten	168
I. Vertragsabschlussfreiheit gemäß Art. 6 WVK und deren Ausübung	169
1. Unbeschränkte Vertragsabschlussfreiheit gemäß Art. 6 WVK	169
2. Ausübung der Vertragsabschlussfreiheit und die Relativität der Vertragsbeziehungen	171
3. Zwischenergebnis	174
II. Hoheitsrechtsübertragung als partieller Ausübungsverzicht der Vertragsabschlussfreiheit der Mitgliedstaaten zugunsten der EU	174
1. Sperrwirkung des Unionsrechts	174
2. Sperrwirkung der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten	181
a) Ausschließliche Zuständigkeiten der EU	181
b) Geteilte Zuständigkeiten	185
aa) Völkerrechtliche Verträge aller Mitgliedstaaten	187
bb) Völkerrechtliche Verträge einer Gruppe von Mitgliedstaaten	192
(1) Zulässigkeit völkerrechtlicher Verträge einer Gruppe von Mitgliedstaaten	192
(2) Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit	197

Inhaltsverzeichnis

cc) Zwischenergebnis	203
c) Sonstige Zuständigkeiten der EU	204
aa) Völkervertragliche Freiräume innerhalb der sonstigen Zuständigkeiten der EU	204
bb) Vorrang des Verfahrens gemäß Art. 352 AEUV	208
cc) Zwischenergebnis	213
d) Ausschließliche Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten	213
3. Zwischenergebnis	214
III. Änderung des Primärrechts	215
1. Formelle Beschränkung	217
2. Materielle Beschränkung	222
3. Zwischenergebnis	224
IV. Ergebnis	224
B. Vorgaben des Unionsrechts für den Abschluss völkerrechtlicher Verträge der Mitgliedstaaten gemäß Art. 4 Abs. 3 EUV	225
I. Unterlassungspflichten	232
1. Inhalt des Beeinträchtigungsverbots	234
a) Eingehen einer Verpflichtung	235
b) Beeinträchtigung des Unionsrechts	236
c) Stillhalteverpflichtung	240
d) Zwischenergebnis	243
2. Vorrang der europäischen Rechtsetzung	243
3. Organleihe	250
a) EuGH	253
b) Kommission	256
aa) Materielle Zulässigkeitsvoraussetzungen	256
bb) Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen	259
cc) Zwischenergebnis	262
c) EZB	263
d) Pflicht zur Organleihe?	264
e) Zwischenergebnis	264
4. Funktionsfähigkeit der Union	265
5. Einbeziehung internationaler Organisationen in die Europäische Integration	266
6. Zwischenergebnis	268
II. Förder-, Mitwirkungs- und Koordinierungspflichten	269
1. Förder- und Mitwirkungspflichten	270
a) Sicherung des Vorrangs des Europarechts	271
b) Offenheit für weitere Mitglieder	274

c) Integrationsfreundliche Auslegung	276
2. Koordinierungspflichten	277
3. Zwischenergebnis	278
III. Informations- und Konsultationspflichten	280
C. Einordnung der hybriden Rechtsakte in die Normenhierarchie des Unionsrechts	281
I. Hybride völkerrechtliche Verträge im Bann des Unionsrechts	282
II. Zuordnung zu einer konkreten normhierarchischen Stufe	284
D. Konsequenzen völkervertraglicher Begleitgesetzgebung	285
I. Hegemonialstellung starker Staaten	286
II. Rechtszersplitterung	288
III. Rückschritt in der demokratischen Legitimation	288
IV. Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten	293
1. Einordnung der hybriden Rechtsakte in das Grundkonzept der flexiblen Integration	296
2. Potentielle Gefahrenquellen	299
a) Einheitliche Geltung und Anwendung des Unionsrechts	299
b) Bildung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft	301
c) Gesellschaftspolitische Rückbindung	304
3. Zwischenergebnis	307
E. Ergebnis	308
§ 6: Vereinbarkeit von ESM und FiskalV mit dem Recht der Europäischen Union	315
A. Betroffener Politikbereich	315
I. ESM	316
II. FiskalV	320
III. Ergebnis	320
B. Verstoß gegen die oder Beeinträchtigung der wirtschaftspolitischen Regelungen des Unionsrechts gemäß Art. 121 ff. AEUV	320
I. ESM	321
1. Steuerungs- und Koordinierungsvorschriften	321
2. Art. 123 AEUV	321
3. Art. 124 AEUV	323

Inhaltsverzeichnis

4. Art. 125 AEUV	325
a) Tatbestand	326
aa) Die Tatbestandsmerkmale „haften“ und „eintreten“	326
bb) Freiwillige Zahlungen der Mitgliedstaaten	330
cc) Teleologische Reduktion	336
dd) Zwischenergebnis	339
b) Ausnahmen und Rechtfertigungsmöglichkeiten	339
aa) Einschlägigkeit einer Ausnahmegesetzgebung	340
bb) Rechtfertigung	341
c) Zwischenergebnis	342
5. Wirkung des Art. 136 Abs. 3 AEUV	343
a) Wirkung für die Zukunft	345
b) Wirkung für die Vergangenheit	347
aa) Bedürfnis nach einer Rückwirkung einer Primärrechtsänderung	349
bb) Voraussetzungen der Rückwirkung	351
6. Zwischenergebnis	353
II. FiskalV	354
1. Abstimmungsregeln des Art. 126 Abs. 13 AEUV	354
2. Defizitgrenze	359
3. 1/20-Regelung	360
4. Korrekturmechanismus	361
5. Wirtschaftspartnerschaftsprogramme und Haushaltsrahmen	362
6. Euro-Gipfel	362
III. Ergebnis	364
C. Vorrang der Europäischen Rechtsetzung	364
I. ESM	365
II. FiskalV	368
1. Unionskompetenz zum Erlass der Bestimmungen des FiskalV im Wege des Sekundärrechts	368
2. Sinnhaftigkeit der Aufspaltung	370
III. Ergebnis	372
D. Zulässigkeit der Organleihe	372
I. EuGH	373
II. Kommission und EZB	375
1. ESM-V	375
2. FiskalV	377

III. Ergebnis	380
E. Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds	380
F. Ergebnis	380
§ 7: Verfassungsrechtliche Anforderungen an völkervertragliche Begleitgesetzgebung	382
A. Beteiligung der gesetzgebenden Körperschaften an hybriden völkerrechtlichen Verträgen	382
I. Regelungsgehalt von Art. 23 GG	387
II. Anwendbarkeit von Art. 23 Abs. 1 GG auf hybride Rechtsakte	389
1. Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG	389
a) Übertragung von Hoheitsrechten	390
b) Wahrnehmung der Integrationsverantwortung	394
c) Materiellrechtliche Änderung und Ergänzung der Europäischen Verträge	404
aa) Extensiver Anwendungsbereich von Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG	405
bb) Umfang des Anwendungsbereiches von Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG	410
d) Zwischenergebnis	415
2. Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG	416
a) Voraussetzungen	417
aa) Begründung der EU, Änderung ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen	417
bb) Verfassungsänderung oder Verfassungsrelevanz?	419
b) Rechtsfolge von Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG und materielle Grenzen des Grundgesetzes	425
3. Änderung von Komplementärverträgen	429
4. Ergebnis	430
III. Einbeziehung hybrider Rechtsakte in den Anwendungsbereich von Art. 23 Abs. 2 GG	431
1. Angelegenheiten der EU, Art. 23 Abs. 2 S. 1 GG	433
2. Reichweite der Beteiligung gemäß Art. 23 Abs. 2 S. 2 GG	437
a) Pflicht zur umfassenden Unterrichtung	437
b) Zum frühestmöglichen Zeitpunkt	439

Inhaltsverzeichnis

c) Grenzen der parlamentarischen Kontrolle	440
d) Unterrichtungspflicht der Bundesregierung hinsichtlich hybrider völkerrechtlicher Verträge	441
3. Beteiligungsrechte des Bundestages	441
4. Beteiligungsrechte des Bundesrates	444
5. Ergebnis	446
B. Einordnung der hybriden Rechtsakte in die Normenhierarchie und Geltung der Kollisionsregeln	447
I. Kritik am Verständnis des Demokratieprinzips	452
II. Rechtsstaatsprinzip und Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes als Grenzen des Demokratieprinzips im Zusammenhang mit <i>Treaty Overrides</i>	455
1. Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	456
2. Rechtsstaatsprinzip	457
III. Schlussfolgerung	462
C. „Überforderung“ des Bundestages	464
D. Ergebnis	466
§ 8: Vereinbarkeit von ESM und FiskalV mit den Bestimmungen des Grundgesetzes	469
A. Zustimmungsanforderungen gemäß Art. 23 Abs. 1 S. 2 und 3 GG	469
I. Ratifikation gemäß Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG	469
1. Übertragung von Hoheitsrechten	469
2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung	471
3. Zwischenergebnis	473
II. Notwendigkeit der verfassungsändernden Mehrheiten gemäß Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG i.V.m. Art. 79 Abs. 2 GG	473
III. Zwischenergebnis	476
B. Materiellrechtliche Grenzen des Grundgesetzes	476
I. Art. 136 Abs. 3 AEUV	476
II. ESM	477
1. Budgetverantwortung	477
a) Absolute Obergrenze für finanzielle Verpflichtungen	477
b) Dynamische Gewährleistungsübernahme	478
aa) Erhöhter, revidierter Kapitalabruf	479

bb) Ausgabe von Anleihen zu einem anderen Nennwert	480
cc) Erhöhung des Stammkapitals	481
dd) Fehlen eines vertraglichen Kündigungsrechts	481
ee) Zwischenergebnis	482
c) Ununterbrochene demokratische Legitimation – Dauerhafte Beteiligung des Bundestages	482
aa) Gewährung von Hilfsmaßnahmen, Beitritt weiterer Mitgliedstaaten und sonstige Beschlüsse	483
bb) Aussetzung des Stimmrechts	484
cc) Nachschusspflicht bei Verlusten des ESM	485
dd) Grundsätzliche Beteiligung des Plenums	486
d) Zwischenergebnis	488
2. Unionsrechtliche Verpflichtungen und gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, Art. 109 Abs. 2 GG	489
3. Schuldenbremse, Art. 109 Abs. 3, Art. 115 Abs. 2 GG	491
4. Eigentumsgarantie, Art. 14 GG	494
5. Informationsansprüche	496
6. Zwischenergebnis	497
III. FiskalV	498
1. Schuldenbremse	498
2. Überwachungsmechanismus	499
3. Wahrung der Budgetverantwortung	500
C. Ergebnis	501
§ 9: Gesamtergebnis	504
§ 10: Zusammenstellung der rechtlichen Thesen	517
Literaturverzeichnis	521

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	Andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AJIL	American Journal of International Law
AJP	Aktuelle juristische Praxis
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
AVR	Archiv des Völkerrechts
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
B/J	Bannenberg/Jehle
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BR-Drucks.	Drucksache des Bundesrates
BT-Drucks.	Drucksache des Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
BztW	Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht
bzw.	beziehungsweise
Ca.	Circa
C.D.E.	Cahiers de droit européen
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
C/K	Corten/Klein
CMLR	Common Market Law Review

Abkürzungsverzeichnis

C/R	Calliess/Ruffert
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselbe/n
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
D/S	Dörr/Schmalenbach
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EAPP	Expanded Asset Purchase Programme
EBA	European Banking Authority
ECOFIN-Rat	Rat für Wirtschaft und Finanzen (engl. Economic and Financial Affairs Council)
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
E/H	Epping/Hillgruber
EL	Ergänzungslieferung
E/L	Elschen/Lieven
ELJ	European Law Journal
E.L.Rev.	European Law Review
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
engl.	Englisch
EnzEur	Enzyklopädie Europarecht
EP	Europäisches Parlament
ESFS	European System of Financial Supervision
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESMFinG	Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
ESM-V	Vertrag zur Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäischer Grundrechtsschutz
EuR	Europarecht (Zeitschrift)

EuR-Bei	Europarecht-Beiheft
EuRUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrages von Lissabon
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EUZBLG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FiskalV	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion
FMStFG	Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds
FMStG	Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	Gegebenenfalls
G/H/N	Grabitz/Hilf/Nettesheim
G/K/K	Geiger/Khan/Kotzur
GLJ	German Law Journal
GV/P	Graf Vitzthum/Proelß
GS	Gedächtnisschrift
G/S/H	von der Groeben/Schwarze/Hatje
GYIL	German Yearbook of International Law
G-115	Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes
Hdb.	Handbuch
H/M-G	Hatje/Müller-Graff
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz

Abkürzungsverzeichnis

HStR	Handbuch des Staatsrechts
H/W	Hömig/Wolff
i.d.F.	in der Fassung
I.E.	Im Ergebnis
I/K	Isensee/Kirchhof
IntVG	Integrationsverantwortungsgesetz
IStR	Internationales Steuerrecht
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfonds
JA	Juristische Ausbildung
JCMSt	Journal of Common Market Studies
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
J/P	Jarass/Pieroth
JRP	Journal für Rechtspolitik
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
K/G	Kadelbach/Günther
KJ	Kritische Justiz
KredReorG	Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KWG	Kreditwesengesetz
K/W/W	Kahl/Waldhoff/Walter
L/B	Lenz/Borchart
Lit.	Buchstabe
L/R	Leibholz/Rinck
M/D	Maunz/Dürig
M/K	von Münch/Kunig
M/K/S	von Mangoldt/Klein/Starck
Mrd.	Milliarde
M/S/W	Morlok/Schliesky/Wiefelspütz
M/Z	Möllers/Zeitler
n.F.	neue Fassung

NJ	Neue Justiz
NJW	Neue juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OMT	Outright Monetary Transaction
P/S	Pache/Schwarz
PSPP	Public Sector Purchase Programme
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rn.	Randnummer
RettungsG	Gesetz zur Rettung von Unternehmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes
RL	Richtlinie
Rs.	Rechtssache
RStruktFG	Gesetz zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute
R.T.D.E.	Revue trimestrielle de droit européen
S.	Seite
S-B/H/H	Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke
Slg.	Sammlung
SMP	Securities Market Programme
SRM	Single Resolution Mechanism
SSM	Single Supervisory Mechanism
StabiRatG	Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
S/Z/K	Schulze/Zuleeg/Kadelbach
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
u.a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
UTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts
verb.	verbunden

Abkürzungsverzeichnis

VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
Vgl.	Vergleiche
V/HvH	Vedder/Heintschel von Heinegg
VO	Verordnung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer
WFStG	Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankenrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WVU	Wirtschafts- und Währungsunion
YILC	Yearbook of the International Law Commission
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZIS	Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften